

Pörsener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen.

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmsstr. 17) bei G. H. Alrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen.

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Gdansk beim „Invalidendank“.

Nr. 755.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 27. Oktober.

1881.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 26. Oktober. Der König hat dem pensionirten General-Kommissions-Sekretär Laffeth in Breslau den Titel Kanzlei-Rath und dem Bade-Inspektor bei der Domanial-Badeanstalt zu Nenndorf, im Regierungsbezirk Cassel, Jacobi, den Charakter als Domänen-Rath verliehen.

Den Domänenpächtern Peters in Papau und Daß in Lippinken, im Regierungsbezirk Marienwerder, ist der Charakter königlicher Ober-Untermann beigelegt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 27. Oktober.

Der hochoffizielle Berliner Mitarbeiter der zu Wien erscheinenden „Politischen Korrespondenz“ äußert sich in einer Polemik gegen die „Germania“ in höchst bezeichnender Weise über das System der diskretionären Vollmachten. Er erklärt, durch dieses System würden die kirchlichen kirchenpolitischen Gesetze zu einer „theoretischen Proklamirung von Prinzipien“. Dies sagt ein Vertheidiger der diskretionären Vollmachten; unsere stets vertretene Ansicht, daß durch dieselben tatsächlich die kirchenpolitischen Gesetze außer Kraft gesetzt würden, kann nicht vollständig bekräftigt werden. Weiter schreibt der hochoffizielle Korrespondent:

Es tritt die Frage auf, welche unseres Erachtens den Kern des ganzen römisch-deutschen Konfliktes bildet, die Frage: soll der Staat zulassen, daß die ungehemmte Macht der römischen Kirche und Priesterchaft auf deutschem Boden in den Dienst einer politischen Opposition gestellt wird, weil diese Opposition sich ihrerseits verpflichtet, vor Allem für die Zwecke der römischen Kirche einzutreten? Die Bejahung dieser Frage ist unmöglich für Jeden, der sehen will. Der Friede kann nur hergestellt werden, wenn einmal die Kurie durch andere Kanäle als diesen Kanal einer politischen Opposition ihre Bedürfnisse bei der Staatsregierung geltend macht. Die Folge würde sein, daß das Zentrum auf die Kraft allein angewiesen wäre, die es aus seiner oppositionellen Tendenz schöpft. Will man aber eine solche Tendenz nicht zugeben, will man den Grund der Opposition in der Unzufriedenheit mit der kirchlichen Gesetzgebung allein erkennen lassen, so mag man politisch und parlamentarisch darnach handeln. Das System der diskretionären Vollmachten ist schon darum unentbehrlich und muß eine Zeit lang funktionirt haben, ehe an irgend eine Revision der Gesetzgebung zu denken ist, weil unter diesem System der Beweis erbracht werden muß, daß die Kurie, wenn den begründeten Beschwerden zunächst tatsächlich Abhilfe geschafft worden, ausbört, die Opposition zu unterstützen; oder daß das Zentrum aufhört, politische Opposition zu sein, wenn die Kurie zu Frieden ist. Betrachtet das Zentrum die politische Opposition als Verleumdung und Gewissensfrage, so mag es sie fortsetzen, aber ohne die Hilfe der Kurie. Man hat ja längst versichert und versichert immer wieder, daß der Papst und der Klerus sich nicht in die rein politischen Dinge mischen. Wir glauben, daß die nächste Reichstagsession mit ihren voraussichtlich wenigen, aber inhaltsreichen Vorlagen für die politische Diagnostik allerseits sehr wichtig werden wird.

Dies ist — so bemerkt hierzu die „Nat. Ztg.“ — die offene Wiederankündigung des in den vorjährigen kirchenpolitischen Depeschen proklamirten Prinzips, daß die kirchenpolitischen Konzeptionen des Staates sich nach dem Maße von allgemeiner Gouvernementalität zu richten haben, welches das Zentrum entwickelt. Daran, daß es sich bei dem kirchenpolitischen Kampfe um die Befreiung des nationalen Lebens von dem römisch-hierarchischen Einfluß gehandelt, ist in dieser Auffassung keine Spur der Erkenntnis mehr.

Für Bismarck wider die liberale Partei ruft die „Nordd. Allg. Ztg.“ heute zur Abwechslung einmal das Zeugniß eines schweizerischen Blattes an, wie sie früher während des Kulturkampfes mit Vorliebe ein englisches Blatt zitierte, das aus gewissen Fonds unterhalten wurde, und wie sie noch im jetzigen Wahlkampfe zuweilen Proben aus amerikanischen Blättern abdruckte, deren Artikel von Leuten geschrieben werden, die der hiesigen offiziellen Journalistik sehr nahe stehen. Schon im Dezember 1873 behauptete der Abgeordnete Windthorst im preussischen Landtage, daß man in Berlin für die auswärtigen Länder „ein besonderes Psephitilien-Bureau“ errichtet habe. Widerlegung hat er nicht gefunden.

Aus Gagen i. Westf. bringt der Telegraph eine Analyse der Rede, welche Geheimrath Neuleaux daselbst in einer vorgefertigen (Dienstag) stattgehabten Versammlung über die australischen Ausstellungen und die deutsche Exportindustrie gehalten hat.

Nebner schilderte die Ausstellungen in Sidney und Melbourne, besprach die dort erzielten deutschen Erfolge und knüpfte daran eine Beprechung der Mittel, welche anzuwenden sein möchten, um den Handelsverkehr mit Australien zu vergrößern. Er erklärte, daß die Handelsverträge, welche er dem bisher Erreichten nach verspricht. Er legte darauf sein Programm bezüglich dieser Mittel dar und theilte dieselben in zwei besondere Gruppen betreffend die innere Entwicklung der Industrie und betreffend die auswärtige Entwicklung derselben, d. h. den Export. Im Einzelnen führte er dann aus, wie seit Beginn der neuen deutschen Einheit eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen zum Schutze und für die Entwicklung der Industrie erlassen worden seien, als Musterzollgesetz, Warenzollgesetz, Patentgesetz, Dampfkesselgesetz, Fabrikinspektion, Schutz des Handels durch die Flotte etc. Er wies darauf hin, wie durch diese Maßnahmen erst die deutsche Industrie zu der ihr gebührenden Stellung vorbereitet worden sei, indem die alten erbitterten Vorurtheile der Ausländer, daß wir ihren Rechtsschutz in An-

spruch nehmen, ohne in unserem Lande ihnen Gegenrecht widerfahren zu lassen, beseitigt worden seien. Es sei in demselben Sinne auf den australischen Ausstellungen durch die Reichsregierung gewirkt worden, indem die drei vorerwähnten Schutzgesetze in besonderer zweisprachiger Ausgabe zur Ausstellung gelangt seien. Dann ging Nebner über zu den in Aussicht genommenen Mitteln zur Beförderung der Industrie, als Fachverbände oder Innungen, Gewerbekammern u. s. w., bei welcher Gelegenheit sich Nebner für die freien Fachverbände aussprach. Als eins der wesentlichsten Mittel zur Hebung des Exports bezeichnete er die Einrichtung einer Dampferlinie, welche vom Reich zu subventioniren sein würde und welche mit der äußersten Pünktlichkeit den Verkehr zu vermitteln habe, da diese Pünktlichkeit allein die Möglichkeit gäbe, den Verkehr aus unseren Häfen direkt zu vermitteln. Er wies hierbei auf die großen Staatsubventionen hin, welche England, Frankreich und Italien ihren Dampferlinien geben. Sodann empfahl Nebner die Errichtung eines Bankinstitutes, welches er derselben Gesellschaft, welche die Dampferlinie betreibt, überlassen sehen möchte, ferner befürwortete er die Umwandlung der deutschen Privat-Seglerflotte in eine Dampferflotte. Er führte aus, wie u. A. in Singapur der Antheil des deutschen Küstenhandels von einer hohen früheren Ziffer auf 1/4 herabgegangen sei und daß es die höchste Zeit sei, die uns an dieser Stelle drohende Verdrängung dadurch abzuwenden, daß wir allgemein zum Dampfbetrieb übergingen. Als weiteres Mittel zur Hebung der Industrie bezeichnete der Nebner den engeren Anschluß der Hansestädte an Deutschland wegen der wahrhaften gemeinsamen Interessen beider. Er machte vor Allem den Hörden lebhaft anschaulich, daß es nothwendig sei, den Blick von den inneren Meinungsverschiedenheiten ab und auf den Ocean hinauszulenken, wo die großartigsten Interessen der ganzen Industrie, wie auch die des Kreises, in dem er gegenwärtig weilt, theils auf dem Spiele ständen, theils erfolgreich gefördert werden könnten. (Lebhafter Beifall.) Nebner betonte, daß, indem er so ein gegliedertes Programm für die Hebung der nationalen Industrie entwickelt habe, er darin wesentlich nichts Eigenes gebe, sondern das Programm des Reichskanzlers. Er wies darauf hin, daß der rothe Faden, der alle die erwähnten vergangenen wie zukünftigen, gesetzgeberischen wie Verwaltungsmassregeln verbinde, vor den Augen der Industriellen klar daliegen müssen. Er (Nebner) habe zwei Mal den Vorzug gehabt, mit dem Reichskanzler in persönliche Berührung zu kommen, als derselbe ihm seine Instruktionen für die beiden Ausstellungen ertheilte. Bei diesen Gelegenheiten seien die erwähnten Punkte zur Sprache gekommen. Es sei das hohe Verdienst des Fürsten Bismarck, grundlegende Gedanken auszusprechen, aus denen, wie aus einem Marmorblock, die Sachverständigen und gesetzgebenden Faktoren das gesetzgeberische Kunstwerk zu gestalten hätten. (Lebhafter Beifall.) Schließlich sprach der Nebner die Hoffnung aus, daß bald eine mächtige deutsche Handelsdampferflotte die Erzeugnisse unserer Industrie in die fernsten Länder bringen werde und daß dabei die Produkte der fleißigen Hand recht zahlreich vertreten sein möchten.

Die Versammlung wurde geschlossen mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Durch die Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit König Humbert von Italien veranlaßt, sucht der „Pester Lloyd“ seine Bedenken über das zu erwartende Bündniß dieser beiden Staaten auf folgende Weise geltend zu machen:

„Man verzeihe uns das „profane“ Wort, das wir hier anwenden: wer alle Frauen liebt, der liebt keine Frau. Und eine politische Kombination, welche für alle Welt gut ist, ist für Niemanden gut. Es läßt sich aber nimmer verkennen, daß die Grundlage der gefunden europäischen Gruppierung in dem Augenblick verrückt worden ist, als aus der Allianz der zwei Kaiser gewaltsamer und unmotivierter Weise eine Drei-Kaiser-Allianz gemacht worden ist. Da gingen die natürlichen Elemente der Vereinigung verloren. . . . Tausche man sich nicht über den konkreten Werth dieser neuen Allianzen; sie kommen mit dem Tage und verschwinden mit dem Tage und sie bewähren sich nicht in den Stunden der Krisen und sie verhindern die Krisen nicht. Ob Italien den „Beitritt zur Allianz“ sucht, um Frankreich in die Isolirung zu drängen, oder ob es nur aus Rücksicht auf seine eigene Sicherheit handelt, — wir wissen es nicht und wir haben vorläufig nicht danach zu forschen. Wenn Italien kommt, so ist es uns willkommen. Großes erwarten wir nicht davon, Großes hat auch Italien nicht zu erwarten. Es genügt ein erträgliches, friedliches Nebeneinandergehen, und diejenige Macht wäre in einem heillosen Irthum befangen, die in der heutigen europäischen Kombination, sei es die feste Basis ihrer Sicherheit, sei es den Anhalt zu großangelegten Aktionen suchen würde. Denn die allgemeine europäische Vereinigung ist die allgemeine europäische Unsicherheit, und fürwahr die deutsch-österreichisch-ungarische Allianz für sich allein war eine bessere Friedenswächterin, als die große Friedens-Liga, die sich selber nicht trauen darf.“

Die Schlussfolgerungen des „Pester Lloyd“ würden begründet sein, sagt die berliner „Tribüne“, wenn die Prämissen richtig wäre. Von einem förmlichen „Beitritt“ Italiens zum deutsch-österreichischen Bündniß kann aber ebenso wenig die Rede sein, wie von einem Beitritte Rußlands. Das ungarische Blatt spricht von einer „Dreikaiser-Allianz“, deren Wiederaufleben aber völlig unerwiesen und unwahrscheinlich ist; es verfällt also, indem es vor einer Ueberschätzung dieser Annäherungen warnt, selbst in den Fehler einer Ueberschätzung der Wiener Entrevue. Ein wirkliches Bündniß besteht nach wie vor nur zwischen Deutschland und Oesterreich, und gerade die neuesten Schritte Rußlands und Italiens haben die Lebenskraft dieses Bündnisses dargethan und es auf's Neue besiegelt. Oesterreich weiß nur zu gut, daß Italien niemals zu ihm gekommen sein würde, wenn das Bündniß mit Deutschland nicht bestände und dasselbe gilt mutatis mutandis auch von Rußland. Wir können daher die Besorgnisse des Pester Blattes nicht theilen, sehen vielmehr in der Annäherung Rußlands und Italiens nur eine Konsequenz des in voller Kraft bestehenden deutsch-österreichischen Friedensbundes.

Ein zufälliges — oder vielleicht auch nicht zufälliges — Zusammentreffen von Umständen erblickt auch ferner der „Lloyd“ in der gleichzeitig von italienischen Blättern gebrachten Anzeige, daß die militärische Organisation des Königreiches nunmehr vollständig beendigt sei. Die Erläuterung dieser Anzeige glaubt der „Lloyd“ in einem Communiqué des „Diritto“ zu finden, welches folgendermaßen lautet:

„Wenn unsere militärischen Experimente allgemein als ein zutreffender Beweis unserer guten Finanzpolitik angesehen werden, so repräsentiren sie zugleich einen wichtigen Faktor in der auswärtigen Politik. Wir haben ganz gewiß nicht die Spur einer Absicht, Jemanden zu verletzen oder zu bedrohen. Allein die Misverständnisse, die zwischen uns und einem unserer Nachbarn existiren, die Erregung der öffentlichen Meinung, welche der Okkupation von Tunis folgte, die Ereignisse von Marseille, die Anregungen, die uns von anderer Seite zutamen, und die allgemeinen Verhältnisse der europäischen Politik haben uns die Nothwendigkeit illustriert, jede Illusion aufzugeben und auf unserer Hut zu sein. Europa weiß, daß es auf die Aufrichtigkeit unserer Intentionen sich verlassen kann, ebenso wie auf die Wünsche, die wir hegen nach Vermeidung jeder Störung des Friedens, welcher unserer Intentionen für Alle ist. Gleichwohl ist es unvermeidlich, daß nicht wir allein, sondern auch diejenigen, die unserer bedürfen, wissen sollen, nicht bloß was Italien verlangt, sondern auch, was Italien werth ist.“

Dagegen scheint der „Lloyd“, ersichtlich auf den Wunsch der Regierung, die Befürchtungen einer Trübung der guten Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich beseitigen zu wollen. Er sagt:

Entscheidend für die Frage der Rückwirkung des königlichen Beschlusses auf das Verhältniß unserer Monarchie zur französischen Republik ist die Auffassung, — die man hier bei uns von der Sache begt, und da glauben wir wohl wiederholen zu können, was wir schon bei früheren Anlässen mit voller Klarheit ausgesprochen haben, — daß die Querelen, die das gute Verhältniß zwischen Frankreich und Italien zeitweilig gestört haben oder noch stören, unsere auswärtigen Beziehungen in keiner Weise influiren, jene zu Italien so wenig, wie jene zu Frankreich. Unsere Freundschaft zu Italien erhält durch den Besuch des Königs Humbert einen frischen Impuls, der ihre Lebensfähigkeit zweifellos stärken wird, ohne unserer Freundschaft für Frankreich das Geringste von ihrer Aufrichtigkeit und Kraft zu benehmen.“

Wie die Ultramontanen Oesterreichs in diesen Tagen ihre Feindschaft gegen den König von Italien zur Schau tragen, zeigt das Benehmen des Wiener Fürstbischofs Cöllstin Ganglbauer. Das „Wiener Neue Tagblatt“ berichtet darüber Folgendes:

Eine Romfahrt Ganglbauers war auf Mitte November angesetzt; als es aber bekannt wurde, daß der König von Italien am 27. Oktober in Wien eintreffe, wurde schleunigst eine Aenderung des Reiseplanes des Erzbischofs beliebt und sollte derselbe schon am 25. Oktober nach Rom abreißen. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so illustriert sie den großen Einfluß der Jesuiten, denn aus der Initiative des Kirchenfürsten, der noch vor wenigen Monaten in seinem Hirtenbriefe Hochachtung vor den Rechten des Staates und der Staatsgewalten an den Tag gelegt hat, kann der für den Kaiser geradezu beleidigende Plan kaum hervorgegangen sein. Ganglbauer hat gewiß nur einer Prellion nachgegeben, aber diese Abhängigkeit selbst der besten Priester von einer auswärtigen Macht mühte auch einer wenig einsichtigen Regierung über den staatsfeindlichen Geist des Klerus die Augen öffnen.

Dem Berichterstatter des „Télégraphe“ ist es wirklich gelungen, zuverlässige Nachrichten über den Krankheitszustand der französischen Truppen in Tunis zu erhalten. Allerdings geben diese Mittheilungen noch nicht ein ausreichendes Bild der Gesamtlage, aber man gewinnt doch durch sie eine Grundlage. Daß Amédée Le Faure, der Deputirter ist und Berichterstatter für das Budget des Kriegsministers war, diese Nachrichten erlangt hat, ist eine um so größere Leistung, als der Kriegsminister Farré ängstlich besorgt, alles geheim zu halten, in einer chiffirten Depesche befohlen hat, Herrn Le Faure unter keinen Umständen irgend welche Nachrichten zu geben. Da diese Depesche zu spät ankam, so hat er die Zahlen doch erhalten, man hat ihm auch das Telegramm des Kriegsministers mitgetheilt. Ich kann aus der großen und umfangreichen Arbeit nur einen, das Wesentlichste umfassenden Auszug geben und bemerke nur noch, daß Herrn Le Faure die offiziellen Akten zur Verfügung gestanden haben müssen, da er mehrere Hunderte der Gestorbenen namentlich anführt. In Bona starben von 1989, die vom 1. April bis 4. Oktober ins Lazareth aufgenommen worden, 109 Mann (die Gestorbenen werden namentlich aufgeführt), in Beja starben 16—18, in Goletta 117, davon 115 am Typhus, in Manuba 76, in Fernana 18—20, in La Calle 34 (aufgenommen 1283), im Ganzen 376 Todesfälle auf sechs Lazarethe. Da nun deren aber 20 aufgestellt sind, da ferner die nach unbekannten Orten evacuirten und dort gestorbenen Kranken nicht mitgerechnet werden konnten, da ferner in Feldzügen viele Kranke sterben, bevor sie in Lazarethe aufgenommen werden können, so ist die von Amédée Le Faure angegebene Zahl von 376 Todten natürlich nur ein geringer Bruchtheil. Le Faure glaubt, daß die Zahl der an Krankheiten Gestorbenen 800—900 betragen dürfte, greift aber damit entschieden zu niedrig. 85 pCt. der Todesfälle sind dem Typhus zuzuschreiben; 12—15,000 Mann sind im Ganzen bis zum 4. Oktober in ärztlicher Behandlung gewesen und das bei einem Effectivstande, der zwischen 25- und 35,000 Mann schwankte. Wie wird der

General Farre diesen attemmatischen Belegen gegenüber seine eigenen glänzenden Berichte aufrechterhalten können? De Faure erklärt, daß er angesichts des kriegsministeriellen Telegramms keine weiteren Nachforschungen anstellen werde, aber er fordert den Kriegsminister auf, das statt seiner zu thun. Wie es zu machen sei, habe er gezeigt. Wenn Farre wolle, so könne er in zwei Tagen alles nur wünschenswerthe Material in Paris haben und in zwei Tagen könne es gedruckt im „Journal officiel“ stehen. Frankreich habe ein Recht darauf, zu erfahren, was aus seinen Kindern geworden sei. Diese Enthüllungen werden hier ungeheures Aufsehen machen und würden dem Kriegsminister dem Gnadenstoß geben, wenn er nicht schon moralisch ein toder Mann wäre.

Der aus dem deutsch-französischen Kriege bekannte General Ulrich, der Verteidiger Straßburgs, ist gestorben.

General Ulrich stammte aus Lothringen. Geboren am 15. Februar 1802 zu Falsburg, trat er frühzeitig in die Armee ein, zeichnete sich im Krimkriege aus und wurde beim Beginn des deutsch-französischen Krieges zum Kommandanten von Straßburg ernannt, das er aber trotz der Bravour, mit der er die Verteidigung leitete, nicht zu halten vermochte. Am 29. August 1870 eröffnete General Werder die Belagerung und Beschießung des Places, der am 27. September kapitulieren mußte. Die Garnison wanderte in die Gefangenschaft, Ulrich selbst wurde auf Ehrenwort freigelassen. Die Franzosen rühmten den Verteidiger von Straßburg wegen seiner persönlichen Tapferkeit und Hingebung, werfen ihm aber Mangel an Initiative, an Kühnheit und Entschlossenheit vor. Ähnlich lautete auch das Urtheil der Untersuchungskommission über die Kapitulationen (1872), gegen welches Ulrich protestierte, indem er seinen Abschied nahm.

Die Königsreisen und Monarchenbegegnungen sind an der Tagesordnung. Auch König Alfons von Spanien fühlt das Bedürfnis, zu reisen. Nachdem er jüngst mit dem König von Portugal zusammengekommen, um eine engere Verbindung der beiden iberischen Staaten herbeizuführen, gedenkt er noch in diesem Winter eine größere Reise zu unternehmen, deren nächstes Ziel Frankreich sein soll. Wie das gambettinische Journal „Voltaire“ ankündigt, wird König Alfons Ende Februar t. J. in Paris eintreffen, sich dort etwa acht Tage aufhalten und dann nach London begeben, wo er der Königin Viktoria einen Besuch abstatten wird. Man glaubt, daß der König seine Reise noch weiter ausdehnen und namentlich auch Deutschland und den deutschen Kaiserhof besuchen werde.

Die erste Veränderung im amerikanischen Ministerium, das Präsident Arthur von seinem Vorgänger Garfield übernommen, hat sich auf folgende Weise vollzogen:

An Stelle Windom's ist der ehemalige Gouverneur des Staates New-York, Edwin D. Morgan, zum Schatzsekretär ernannt und vom Senat bestätigt worden. Die Auserkennung des Schatzsekretärs bedeutet ebensowenig einen Systemwechsel in der finanziellen, wie in der allgemeinen Politik der Vereinigten Staaten. Morgan, Mitbesitzer einer angesehenen kaufmännischen Firma in New-York, gehört etwa derselben Schattirung in der republikanischen Partei an, wie sein Vorgänger, und steht bezüglich der Verpflichtung der Abtragung der Staatsschulden in harter Männe auf demselben Boden wie Windom. Die Konvertirung der Staatsschuld in niedrigere Zinsen tragende Bonds, welche in dem vorigen Kongresse den Zankapfel der Parteien bildete und schließlich in der Form, wie sie das Haus der Repräsentanten und der Senat angenommen hatte, vom Präsidenten Hayes mit dem Veto belegt wurde, ist augenblicklich aus dem Gebiet der Streitfragen ausgeschlossen. Finanzsekretär Windom hat bekanntlich im Mai und Juni c. die Befreiung der sechs- und fünfprozentigen Bonds aufgefördert, die Schuldtitel, deren Gesamtbetrag sich auf rund 650 Millionen Dollars beläuft, unter Gewährung von drei und ein halb Prozent Zinsen verlängern zu lassen, oder dieselben zur Baarzahlung im Schatzamt einzureichen. Bis auf eine verhältnismäßig kleine Zahl haben die Bondsbesitzer es vorgezogen, trotz des niedrigen Zinsfußes von drei ein halb Prozent, die angebotene Prolongation zu acceptieren. Nun existieren freilich auch noch vier und vier ein halb prozentige Bonds, deren Konvertirung in drei ein halb prozentige nach der vor Kurzem gemachten Erfahrung leicht ermöglicht werden kann, doch ist deren Fälligkeitstermin noch sehr entfernt, die weitere Finanzoperation demnach nicht sehr dringender Natur. Der Wechsel im Schatzamt hat, soweit bekannt geworden, lediglich einen persönlichen Grund. Ex-Sekretär Winom hatte bei der Uebernahme seines Amtes seinen Sitz als Bundes-Senator für den Staat Minnesota niederlegen müssen und die Vakanz wurde nur provisorisch ausgefüllt. Jetzt wünscht er, nachdem er die Konvertirung eines so beträchtlichen Theiles der Staatsschuld mit Erfolg durchgeführt hat, den Sitz im Kabinett mit dem im Senate zu vertauschen. Noch ein anderer Minister, der General-Anwalt Mac Veagh, hat, und zwar bald nach dem Tode Garfield's, seine Demission eingereicht und vermuthlich wird auch für diesen dem Senate jetzt, nachdem die Exekutivfunktionen wieder aufgenommen worden sind, der Nachfolger präsentiert werden. Von weiteren Ministerveränderungen verlautet bisher nichts. Doch sollte auch noch der eine und andere Minister ausscheiden, ein Systemwechsel ist zunächst nicht zu erwarten.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 26. Oktober. Angesichts der bevorstehenden Wahlentscheidung ist es von Interesse, sich die Stärke der Parteien in dem vorigen Reichstag, wie sie sich bis zu dem Auseinandergehen desselben durch die im Laufe der drei Jahre 1878—81 stattgehabten Nachwahlen gestaltet hatte, zu vergegenwärtigen. Es zählte darin die deutsch-konservative Fraktion 57, die freikonservative 47, das Zentrum 102, die nationalliberale Fraktion (einschließlich des noch vor der letzten Abstimmung erschienenen, in Hessen nachgewählten Abg. Schlager) 64, die „liberale Gruppe“ (Schauf-Böck) 15, die Fortschrittspartei 28 Mitglieder; zur politischen Fraktion gehörten 14, zur sozialdemokratischen 10 Abgeordnete. Als „wild“, zu keiner Fraktion gehörig, wurden 56 Mitglieder verzeichnet, unter denen sich 14 Elsaß-Lothringer befanden; von den übrigen „Wilden“ waren 35 Liberale: theils Sezessionisten, theils andere Liberale, welche niemals zu einer Fraktion gehört hatten, ferner die Herren Löwe-Bochum, Berger u. und einige Radikale. 7 von den „Wilden“ waren konservativ oder clerikal (der Minister v. Puttkamer, Herr v. Ludwig u. s. w.). Danach zählte der vorige Reichstag also 142 Liberale der verschiedenen Schattirungen gegen 111 Konservative von den beiden Fraktionen dieser Partei, dazwischen das Zentrum mit 102 Mitgliedern, und außerdem die kleinen Gruppen. Unter Hinzurechnung der Polen zu den Kle-rikalen wäre eine konservativ-klerikale Majorität von 220 unter 397 Mitgliedern herzustellen gewesen, die sich sogar durch ein paar klerikale Elsaß-Lothringer noch etwas vergrößern ließ, etwa auf 225. Diese Zahl giebt den Anhalt zur Entscheidung der Frage, wie viel Stimmen die Liberalen gewinnen müssen,

um für alle Fälle eine konservativ-klerikale Mehrheit unmöglich zu machen: etwa 30. Für viele Abstimmungen aber würde das- selbe Resultat schon durch einen erheblich geringeren Gewinn der Liberalen zu erreichen sein, da sich unter den 102 Zentrumsmitgliedern 9 hannoversche Welsen befanden, auf welche für viele Fälle seitens des Zentrums nicht gerechnet werden könnte, und auch die Polen für das Zentrum um so weniger traktabel würden, je gouvemenmentalere Politik dieses treiben würde. Also es gehört in der That nur eine sehr geringe Verschiebung nach links dazu, um die Gefahr der konservativ-klerikalen Koalition selbst für den Fall auszuschließen, daß die politischen Vorbe- dingungen derselben, welche im Verlauf der Wahlbewegung sich eher zu verflüchtigen schienen, später vorhanden wären. Ob eine solche Verschiebung zu Gunsten der Liberalen eintritt, das ist natürlich fraglich; vor einiger Zeit wollten Politiker, welche mit den Einzelheiten der Wahlbewegung vertraut sind, darauf rechnen, daß die Nationalliberalen im Wesentlichen ihren Besitzstand behaupten, die Sezessionisten und die Fortschrittspartei je etwa 15 Stimmen gewinnen würden; mit dem Herannahen des Wahl- termins sind alle derartigen Vorausberechnungen und Vorher- sagungen vorsichtiger geworden, da in der That alle Welt — einschließlich der Regierung — betreffs des Resultats im Dunkeln tappt. Bemerkenswerth, wenngleich ohne wesentliche Bedeutung für die vorherige Abschätzung des demnächstigen zahlenmäßigen Ergebnisses, ist, daß aus fast allen den Wahlkreisen, in welchen die liberalen Kandidaten Namens des Kanzlers mit einer gewissen persönlichen Feindseligkeit bekämpft werden, aus den Wahlkreisen der Herren v. Bunsen, Lasker, Rickert, v. Jordanbeck u. die Nachrichten für diese liberalen Kandidaten andauernd günstiger wurden; ob das Schlussergebniß dem entsprechen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

r. Stadtverordnetenversammlung

am 26. Oktober.

Anwesend sind 28 Stadtverordnete und 8 Magistrats-Mitglieder. Den Vorsitz führt Geh. Kommerzienrath B. Jaffe. — Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Die Angelegenheit, betr. die Bewilligung der Kosten zur Errichtung von Bühnen an den städtischen Ufer- strecken der Warthe, war in der vorigen Sitzung einer Kommission, welche aus Mitgliedern der Rechts- und der Bau- kommission unter Hinzuziehung des Stadtverordneten Löwison gebildet werden sollte, zur Vorberatung überwiesen worden. Die Kommission hat sich mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt, und ist, wie Stadtverordneter Löwison als Referent mittheilt, zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich an den städtischen Uferstrecken 8 Bühnen befinden, welche im besten Zustande sind, und daß demnach das Ver- langen des Stromfiskus nach Errichtung von noch mehr Bühnen an diesen Strecken, wofür die Ausgabe 3575 M. betragen würde, unge- rechtfertigt erscheine. Die Kommission hat zur Erörterung der Rechts- lage eine Subkommission gebildet, in deren Namen hierauf Stadt- verordneter Manheimer berichtet. Danach ist die Subkommission der Ansicht, daß nach gesetzlichen Bestimmungen das Eigenthum der Anlandung (Alluvionen) nicht davon abhänge, daß die Uferbesitzer zu den Kosten der Ausführung von Bühnenbauten Beiträge zahlen, und hat demnach beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, die geforderten Kosten für die Anlegung neuer Bühnen abzulehnen. — Der Antrag des Magistrats, zu den Bühnenbauten 3576 M. zu bewilligen, wird hierauf von der Versammlung abgelehnt.

Ueber den Antrag, betr. die Feststellung eines Orts- statuts für das Servis- und Cinquartierungswe- sen, berichtet Stadtverordneter König (Mitglied der Deputation für Servis- und Cinquartierungswesen). Derselbe weist darauf hin, daß schon vor einer Reihe von Jahren die Versammlung die Feststellung eines derartigen Statuts als wünschenswerth bezeichnet habe, daß aber inzwischen die Angelegenheit in Vergessenheit gerathen sei. Das Gesetz vom Jahre 1868 schreibe vor, daß die Kommunen zwar das Servis- und Cinquartierungswesen selbstständig verwalten können, gleichzeitig spreche es aber von einem Ortsstatute. Nachdem inzwischen auf Er- suchen von 8 größeren Städten ein derartiges Ortsstatut eingesandt worden, und die Sache in den Jahren 1875 und 1878 wieder zur Sprache gekommen sei, existire bis jetzt noch immer kein Ortsstatut. Da es sich nun, um ein in der Bürgerschaft vorhandenes gewisses Miß- trauen zu beseitigen, empfehlen dürfte, ein Ortsstatut festzustellen, so be- antrage er, hierzu eine gemischte Kommission zu ernennen. — Auf Antrag des Stadtverordneten Mäkel wird jedoch beschloffen, die Ange- legenheit zunächst dem Magistrat zur Aeußerung zu überweisen.

Ueber die Einrichtung des Waisenraths-Amtes, als einer besonderen Abtheilung der Gemeinde- Verwaltung, und die mit dieser Einrichtung zusammenhängenden Aenderungen berichtet Stadtverordneter Mäkel. Derselbe weist darauf hin, daß es durch die neuere Gesetzgebung den Gemeinden anheimgestellt werde, durch Ortsstatut eine besondere Körperschaft zu bilden, welchem die Obhut über Waisenfinder und verwundete Kinder übertragen werde. Die Versammlung habe, nachdem der Magistrat sich in dieser Angelegenheit spröde gezeigt, vor einigen Jahren eine besondere Kom- mission ernannt, welche sich mit der Sache befassen sollte. In dieser Kommission seien verschiedene Gesichtspunkte aufgestellt worden; man habe anerkannt, daß die geschlossene Waisenspflege in unserer Stadt meistens keine günstigen Resultate erzeihe, indem aus den in der Waisen- anstalt erzogenen Waisen wenig werde, während durch die offene Waisenspflege, Dank vornehmlich der von den Waisenspflegerinnen ge- übten Obhut, bessere Resultate erzielt zu werden scheinen. Was nun die Waisenraths betrieft, so wurde anerkannt, daß zu diesem Amte die Bürgerschaft mehr als bisher herangezogen werden müßte, und einem Waisenrathe nur 5—6 Waisen zur Aufsicht anvertraut werden dürften. Der Herr Oberbürgermeister habe sich mit den Wünschen der Kom- mission einverstanden erklärt, und die Angelegenheiten des Waisenraths, der offenen Waisenspflege und der geschlossenen Waisenspflege in einer besonderen Abtheilung und unter einem besonderen Exercenten ver- einigt. Es werde sich nun empfehlen, abzuwarten, wie sich die Ange- legenheit weiter entwickeln wird, und dann event. einen besonderen Verwaltungskörper zu schaffen. Damit sei die Sache vorläufig er- ledigt.

Magistrat hat beantragt, die Versammlung möge zur Anle- gung von Ueberwegen innerhalb des Berliner Thores zu den für die Ueberwege außerhalb des Thores schon be- willigten 1800 M. noch 877 M. bewilligen. Stadtverordneter Vic- tor, welcher hierüber berichtet, spricht sich für Ablehnung des Antrags aus, ebenso Stadtverordneter Jacobi, welcher darauf hinweist, daß einerseits die Jahreszeit schon zu weit vorgeschritten sei, um noch diese Pflasterarbeiten auszuführen, andererseits aber auch durch die Ueberwege vor dem Thore keine Besserung herbeigeführt worden sei. Auf Antrag des Stadtverordneten Jacobi beschließt die Versamm- lung, die Sache zur Zeit abzulehnen.

Ueber die Gasanfalls-Rechnung pro 1879/80 so- wie über die Armenpflege-Rechnung pro 1879/80 be- richtet im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Man- heimer, und wird gemäß dem Antrage desselben für beide Rechnun- gen Decharge ertheilt.

In Betreff der Abänderung resp. Erweiterung der den Unternehmern Renner u. Rasch ertheilten Konzession zur Errichtung einer Pferdebahn in hiesiger Stadt weist Stadtverordneter Manheimer zunächst auf das aus den Verhandlungen im Mai d. J. Bekannte hin. Es habe sich damals darum gehandelt, daß der Personenverkehr auf der zweiten Linie der Pferdebahn eingeschränkt, dagegen der Güterverkehr gestärkt werde. Nach den seitdem erzielten Resultaten des Betriebes der Pferdebahn habe es sich herausgestellt, daß dieselbe in der bisherigen Weise nicht weiter bestehen kann, und es handle sich nun darum, die Konzession durch Gestattung des Frachverkehrs auf der zweiten Linie derart zu erweitern, daß dadurch das Weiter- bestehen der Pferdebahn ermöglicht werde. Die hierbei in Betracht kommenden Behörden hätten die Sache eingehend geprüft und sich für eine derartige Erweiterung der Konzession ausgesprochen. Man habe dagegen eingewendet: der Straßenverkehr werde durch die Gestattung des Frachverkehrs auf der Pferdebahn gehemmt werden; doch sei in Betracht zu ziehen, daß ein Wagen der Pferdebahn eine bedeutend größere Anzahl von Frachgütern zu fördern im Stande sei, als ein gewöhnlicher Frachwagen. Es sei ferner gesagt worden, einzelne Industrielle unserer Stadt würden durch die Gestattung des Frach- Verkehrs auf der Pferdebahn bevorzugt werden. Der Magistrat habe aber eine derartige Einschränkung des Frachverkehrs nur mit Rücksicht darauf einführen wollen, damit der gewöhnliche Frachverkehr nicht zu sehr gemindert werde. Endlich werde der Einwand erhoben, eine große Anzahl von Arbeitern und Gewerbetreibenden würden durch Gestattung des Frachverkehrs auf der Pferdebahn brotlos werden. Diese Besorgnis sei jedoch übertrieben, da es sich herausgestellt hat, daß überall, wo neue Verkehrsmittel geschaffen werden, der Verkehr über- haupt zunimmt. Das Durchführen von Einrichtungen aber, die im all- gemeinen Interesse der Stadt liegen, dürfe nicht davon abhängig ge- macht werden, daß einzelne Interessen-Kreise durch derartige Ein- richtungen beeinträchtigt werden. Auch in anderen Städten, wie Dortmund, Chemnitz, habe man sich bereit erklärt, die den Pferde- bahnen ertheilte Konzession in der angegebenen Weise zu er- weitern. Unsere Stadtgemeinde werde durch eine derartige Einrichtung noch insofern einen besonderen Vortheil haben, als nach der Magistrats-Vorlage der Pferdebahn-Gesellschaft die Verpfichtung auferlegt werden soll, gegen Erweiterung der Konzession die Erhaltung des Pflasters in den betreffenden Straßen in einer Breite von 20 Metern, sowie die Reinigung dieser Straßen zu übernehmen. Uebrigens solle der Personenverkehr auf der Nebenlinie nicht ganz ein- gestellt, vielmehr an Sonn- und Feiertagen aufrecht erhalten werden. Die ganze Konzession solle unter so veränderten Bedingungen auf 15 Jahre ertheilt werden. Da hiergegen wohl nicht begründete Be- denken geltend gemacht werden könnten, so möge die Versammlung den Magistrats-Antrag annehmen.

Kaufmann Rosenfeld liest ein längeres Schriftstück vor, in welchem der Nachweis zu führen versucht wird, durch Erweiterung der Konzession würde nicht allein das Monopol der Pferdebahn-Gesellschaft erweitert, sondern auch bestimmten Firmen ein Monopol gewährt wer- den, was nach dem Grundsatz: „Gleiches Recht für Alle“, nicht zu billigen sei; das Betriebsergebnis eines Jahres sei noch nicht maß- gebend; die Bilanz, wie sie der Versammlung zugegangen, sei wohl nicht ganz richtig aufgestellt, insbesondere seien die Abschreibungen zu groß; der übrige Straßenverkehr werde durch Gestattung des Frach- Verkehrs auf der Pferdebahn, besonders auf so engen Straßen, wie die Kleine Gerberstraße es sei, noch ein zweites Ge- leise angelegt werden solle, zu sehr beschränkt werden; ein für die Pferdebahn günstiges Resultat werde sich aus der Erweiterung der Konzession nur auf Kosten vieler Gewerbetreibenden und kleinen Leute ergeben; es sei nicht zu fürchten, daß die Pferdebahn eingehe- ren werde, wenn man die Konzession nicht in der angegebenen Weise er- weitere, da sich immer wohl Privatunternehmer finden würden, welche das Unternehmen weiter führen würden; das einzige Aequivalent für die Stadtgemeinde würde die Unterhaltung des Straßenpflasters seitens der Pferdebahn-Gesellschaft sein, bis jetzt aber sei das Pflaster auf den- jenigen Strecken, auf denen die Pferdebahn-Gesellschaft dazu verpflichtet sei, nicht besonders unterhalten worden. Die Versammlung möge dem- nach den Magistrats-Antrag ablehnen, event. die Angelegenheit einer Kommission überweisen, jedoch mit dem Auftrage, bei ihren Berathun- gen den Interessen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen.

Stadtverordneter Dr. Lebinski erhebt Einwendungen gegen einzelne Positionen der Bilanz, weist darauf hin, daß durch die Erwei- terung der Konzession viele Arbeiter u. erwerbslos werden würden, und daß, wenn man z. B. gegen das Tabaks-Monopol aufträte, man ebenso in kleineren Verhältnissen dagegen sein müßte, daß eine Klasse der Bevölkerung unserer Stadt durch ein der Pferdebahn-Gesellschaft ertheiltes Monopol geschädigt werde. Der Vortheil, welcher dadurch erwachsen werde, daß der Pferdebahn-Gesellschaft die Verpfichtung auferlegt werde, das Straßenpflaster zu unterhalten, könne wieder durch andere inzwischen eintretende Umstände ausgemoggen werden. — Die Stadtverordneten Dr. Lebinski u. Rosenfeld stellen hierauf gemeinsam folgenden Antrag: Die Versammlung möge die Vorlage ablehnen, event. eine Kommission ernennen und derselben den Auftrag zu ertheilen, Mittel und Wege zu suchen, um den gerechtfertigten Wünschen der Gegen-Interessenten Berücksichtigung zu sichern, und ferner dafür Vor- sorge zu treffen, daß die Benutzung der Pferdebahn zu Frachttrans- porten nicht Einzelnen zu gute komme.

Stadtverordneter Jacobi wendet sich gegen die Behauptung, daß hier ein Monopol für größere Firmen vorliege; andere Firmen u. würden eben so gut ihre Frachten auf der Pferdebahn befördern lassen können. Die Bilanz ergebe jedenfalls, daß die Gesellschaft einen be- deutenden Nachtheil im ersten Jahre erlitten habe. Von kleinen Fracht- fuhrwerken sehe man auf den Güterbahnhöfen wenig, meistens nur Holsfuhrwerke. Sache der Polizeibehörde werde es sein, durch die Ein- richtung von etwaigen zweiten Geleisen den übrigen Straßenverkehr nicht zu sehr beschränken zu lassen. Durch die Pferdebahn würden im Ganzen circa 90,000 Quadratmeter Pflaster unterhalten, und dadurch die Stadtgemeinde bedeutend entlastet werden. Da in der Erweiterung der Konzession auf den Frachttransport weder für die Gesellschaft, noch für einzelne Firmen ein Monopol liege, vielmehr diese Erweiterung der Stadt nur nützlich sein werde, so möge die Versammlung den Magistratsantrag annehmen. — Stadtverordneter Mäkel ist gegen Ueberweisung der Sache an eine Kommission und befürwortet ein Amendement zu dem Magistratsantrage dahin, daß die Erweiterung der Konzession auf den Frachtverkehr ohne Beschränkung auf einzelne Firmen gewährt werde; es werde dadurch dem Wunsche des Stadtverordneten Rosenfeld: Gleiches Recht für Alle! Rechnung getragen werden. In der Beschränkung der Pferdebahn-Gesellschaft auf den Personenverkehr würde eine Beschränkung der Gewerbefreiheit liegen. Wenn vielmehr auch mehrere Bürger durch die Erweiterung der Konzession leiden würden, so sei dies bei jedem Fortschritte (bei der Errichtung von Eisenbahnen u.) eben so gewesen; dem Fortschritte könne man aus derartigen Rücksichten nicht entgegenreten.

Stadtverordneter Türk meint, die Pferdebahn werde sich gut er- halten können, wenn die zweite, nicht rentable Strecke kasirt würde, und beantragt, die Versammlung möge die Gesellschaft zunächst auf ein Jahr von dem Betriebe der zweiten Strecke entbinden. — Stadtver- ordneter Prausnitz wünscht Aufklärung darüber, in welcher Weise die neu projectirte Güterverkehrslinie nach den Bahnhöfen geführt wer- den solle. Nachdem Stadtverordneter Manheimer Aufklärung hierüber gegeben, führt Stadtverordneter Prausnitz aus, daß noch gar nicht klar sei, ob ein neues Geleis vom Berlinerthor nach dem Ober- schlesischen Güter-Bahnhof, oder ein Geleis nach dem Märkisch-Poener Bahnhof, oder ein Geleis durch das neue Thor geführt werden solle, und beantragt, die Vorlage, als nicht genügend substantiirt, abzulehnen. — Stadtverordneter Rixten ist der Ansicht, daß in der Konzessions- erweiterung ein Monopol, eine Begünstigung liegen würde, und

wünscht Aufklärung darüber, welche Summe in der Bilanz von der Konfessionserwerbung verhältnissen worden sei, um danach den Charakter des ganzen Unternehmens beurtheilen zu können. Schließlich spricht sich Redner für den Antrag des Stadtverordneten Türl aus. — Stadtverordneter Drgler erklärt sich für den Antrag des Stadtverordneten Mikel und ist der Ansicht, es komme gar nicht darauf an, welche Geschäfte die Gesellschaft macht und in welcher Weise sie die Geleise nach den Güterbahnhöfen führen wird, sondern nur darauf, ob durch Gestattung des Güterverkehrs auf der Pferdebahn das allgemeine Interesse gefördert werde; und diese Frage sei entschieden zu bejahen, da jede Verkehrserschwerung, sei es für Personen oder für Güter, im allgemeinen Interesse liege.

Nachdem Schluss der Debatte beantragt und angenommen ist, ergreift Stadtverordneter Manheimer als Referent nochmals das Wort, hebt hervor, daß, ganz abgesehen von der Höhe des Aktienkapitals u., welches hierbei gar nicht in Betracht komme, allein die Gewinn- und Verlust-Berechnung maßgebend sei, und diese habe eine Summe-Einnahme von 46,224 M. in den ersten 11 Monaten ergeben. Sollte sich beim Betriebe herausstellen, daß der Straßenverkehr durch die Beförderung von Gütern auf der Pferdebahn leidet, so könne nach den Konfessionsbedingungen diese Erweiterung der ursprünglichen Konfession wieder zurückgezogen werden. Die Versammlung möge demnach die Beförderung von Gütern auf der Pferdebahn ohne Einschränkung auf einzelne Firmen gemäß dem Amendement des Stadtverordneten Mikel gestatten. — Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Verhandlungsantrag der Stadtverordneten Dr. Gebiassi und Rosenfeld wird abgelehnt. Für den Magistratsantrag mit dem Amendement des Stadtverordneten Mikel erheben sich 14, und bei der Gegenprobe gleichfalls 14 Stadtverordnete. Der Vorsitzende, welchem nach der Geschäftsordnung bei Stimmengleichheit die Entscheidung zusteht, entscheidet sich für den Magistratsantrag mit dem Amendement.

Damit erreicht die Sitzung, welcher im Zubehörraum ein zahlreiches, bei der Pferdebahn-Angelegenheit interessirtes Publikum beigewohnt hatte, unter Vertagung der übrigen Gegenstände gegen 7 Uhr Abends ihr Ende.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 27. Oktober.

— [Der Patriotismus der deutschen Utramontanen] zeigt sich wieder einmal im traurigsten Lichte in solchen Wahlkreisen, wo sich polnische und deutsche Kandidaten gegenüberstellen, selbst wenn letztere der konservativen Richtung angehören. Im Wahlkreis Fraustadt z. B. hat das „Wahlkomitee der deutschen Katholiken“ einen Wahlauftrag erlassen, der sich an sämtliche katholischen deutscher Zunge mit der Aufforderung wendet, dem polnischen Kandidaten die Stimme zu geben. So öffentlich wie diesmal ist eine derartige Aufforderung niemals ergangen. Ein neuer Beitrag zur Charakteristik der Zentrums-Partei auch unter den heutigen veränderten Verhältnissen, wo sie als Bestandtheil der regierungsführenden Mehrheit ernstlich ins Auge gefaßt wird! Die Unterzeichner des Fraustadter Aufrufs erklären sich durch den letzteren selbst des deutschen Namens verlustig, denn sie stellen sich auf den Boden der polnischen Fiktion, daß polnisch und katholisch identisch sei. Letzteres freilich wäre weder für den Katholizismus noch für den Polonismus eine Auszeichnung.

— **Schwurgerichtssitzungen im Jahre 1882.** Die Zeit des Beginns der Schwurgerichtssitzungen im Bezirke des hiesigen Oberlandesgerichts ist für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1882 Seitens des Präsidenten qu. Gerichts auf folgende Tage festgesetzt worden: 1. für das Schwurgericht zu Bromberg: auf den 16. Januar, 24. April, 3. Juli und 16. Oktober; 2. für das Schwurgericht zu Gnesen: auf den 23. Januar, 27. März, 19. Juni und 16. Oktober; 3. für das Schwurgericht zu Schneidemühl: auf den 9. Januar, 27. März, 26. Juni und 9. Oktober.

— **Neue Postanstalt in Wilda.** Die kaiserliche Ober-Post-Direktion in Posen, welche der Verbesserung der Posteinrichtungen in unserer Provinz eingehende Fürsorge zuwendet, wird, wie wir hören, in nächster Zeit eine Postagentur in unserem Nachbarorte Wilda ins Leben treten lassen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 26. Oktober. Se. k. k. Hoheit der Kronprinz bestieg heute Vormittag das Schlesische Provinzialmuseum und machte darauf dem Wirklichen Geheimen Rath Grafen Burghaus einen Besuch. Um 11 1/2 Uhr wurde von Se. k. k. Hoheit ein Regiments-Appell des 2. schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 11 auf dem Hofe der Stadtgraben-Kaserne abgehalten. Um 2 Uhr findet ein Festdinner in der alten Börse statt. Im Laufe des Nachmittags wird dem 2. schlesischen Grenadier-Regiment Nr. 11 von den früheren Offizieren desselben, an ihrer Spitze der Kriegsminister General v. Rameke, das Bildniß des Kaisers überreicht werden.

Breslau, 26. Oktober. Se. k. k. Hoheit der Kronprinz begab sich gestern Abend sofort nach seiner Ankunft auf dem Stadtbahnhofe nach dem im königlichen Schlosse gelegenen Offizierskasino des 11. Infanterie-Regiments. Hier wurde Höchsterseits von dem Obersten von Meerscheidt-Hüllessem begrüßt und im Namen des Regiments zu seinem 25jährigen Jubiläum als Chef beglückwünscht. Se. k. k. Hoheit erwiderte, er schätze sich zur höchsten Ehre, an der Spitze eines solchen Regiments, daß sich stets durch Tapferkeit und Treue ausgezeichnet habe, zu stehen und als ein Zeichen seiner Werthschätzung verleihe er dem Regimente hiermit sein Bild. Das sehr gelungene Bild wurde hierauf dem Regimente überreicht. Dasselbe stellt den Kronprinzen in Lebensgröße und Reiterfigur als Obersten des 11. Infanterie-Regiments dar. Bei der hieran sich anschließenden geselligen Unterhaltung brachten die Offiziere fünf lebende Bilder u. sehr gelungener Darstellung. Se. k. k. Hoheit unterhielt sich mit den Offizieren des Regiments in leutseligster Weise und verließ gegen 11 Uhr das Kasino. Heute Vormittag soll die Besichtigung des Regiments und ein Besuch des Museums Seitens des Kronprinzen stattfinden.

Köln, 26. Oktober. Heute fand (wie schon kurz telegraphisch erwähnt) hier die feierliche Enthüllung des dem Feldmarschall Moltke errichteten Denkmals statt. Zur Theilnahme an der Feier hatten sich der Kette des Feldmarschalls, Rittmeister von Moltke vom Regiment der Garde du Corps, und der Adjutant des Feldmarschalls, Oberst de Claer vom großen Generalstabe, sowie der Oberpräsident v. Bardeleben, der kommandierende General des 8. Armee-Korps, v. Thile, der Feldmarschall Ger-

warth v. Dittensfeld, eine große Anzahl von Generalen und Offizieren und die Vertreter der Zivilbehörden eingefunden, der Laurenzplatz, auf welchem das Denkmal errichtet ist, war prächtig geschmückt und von einer dichtgedrängten Volksmasse angefüllt. Nach Eröffnung der Feier durch einen musikalischen Vortrag übergab der Bildhauer Schaper das von ihm gefertigte und noch verhüllte Denkmal mit kurzen Worten an das Komite, dessen Vorsitzender, Sanitätsrath Lent, dasselbe in Empfang nahm, indem er in einer längeren Ansprache zugleich auf die unsterblichen Verdienste des Feldmarschalls Moltke, des Ehrenbürgers der Stadt Köln, hinwies, der heute seinen einundachtzigsten Geburtstag begehe. Am Schlusse seiner Ansprache überwies Sanitätsrath Lent das Denkmal der Stadt Köln. Oberbürgermeister Dr. Becker, angethan mit der goldenen Amtskette und umgeben von den Beigeordneten und den Stadtverordneten, nimmt das Denkmal mit tiefgefühltem Danke an und verspricht Namens der Bürgerschaft treue Hütung. Er schließt mit einem Hoch auf Kaiser Wilhelm, in welches die Versammelten begeistert einstimmen. Unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerkranz“ fällt die Hülle und nach einer eingehenden Besichtigung des Denkmals seitens der Theilnehmer endete die Feierlichkeit. Hieran schließt sich ein Festessen im großen Saale des Gürzenich.

Wien, 26. Oktober. Der Voranschlag des Budgets des gemeinsamen Kriegsministeriums für 1882 beträgt 105,742,868 Florin. Die den im Vorjahr bewilligten 104,136,515 Florin gegenüber sich ergebende Mehrforderung von ca. 1 1/10 Millionen Florin ist zum größten Theil veranlaßt durch die Preissteigerung, durch die Präliminirung der Verittenmachung der Hauptleute und durch die Fortsetzung der Befestigungsbauten.

Rom, 26. Okt. Der „Dritto“ bespricht die Reise des Königs und der Königin nach Wien und hebt hervor, die Reise der Königin lege der politischen Bedeutung, der Reise des Königs noch eine besondere Bedeutung bei, indem sie die durch das Ereigniß erneuerte Intimität zwischen den Höfen von Wien und Rom kennzeichne und die hervorragende, werthvolle Bedeutung der Reise des Königs ergänze und kröne.

Rom, 25. Okt. Der Ministerpräsident Depretis und der Minister des Auswärtigen, Mancini, sind heute Abend nach Monza abgereist, um den König und die Königin nach Wien zu begleiten.

Rom, 26. Oktober. Während der Abwesenheit des Konseils-Präsidenten Depretis ist der Vorsitz im Ministerrathe dem Kriegsminister übertragen.

Brüssel, 25. Oktober. Die Abendblätter besprechen die Resultate der Kommunalwahlen, welche beendet sind. Die Blätter der liberalen Partei meinen, daß das allgemeine Resultat der Kommunalwahlen die gehegten Erwartungen übertroffen habe; die Blätter der katholischen Partei sind der Ansicht, der allgemeine Charakter der Wahl sei das Erwachen des katholischen Gefühls des Landes. Die Minoritäten haben sich in den großen Städten verstärkt.

Amsterdam, 25. Oktober. Der bisherige Gesandte in Petersburg, van der Hoeven, ist in gleicher Eigenschaft nach Berlin versetzt worden.

Bukarest, 26. Okt. Wie es heißt, hätte der diesseitige Gesandte in Paris, Callimachi-Catargi, seine Entlassung genommen.

Washington, 26. Oktbr. Edwin de Morgan hat auf ärztlichen Rath nunmehr die Uebnahme des Amtes als Schatzsekretär abgelehnt.

Plymouth, 26. Okt. Der Hamburger Postdampfer „Silesia“ ist heute hier eingetroffen.

Southampton, 26. Okt. Der Dampfer d. s. norddeutschen Lloyd „Mosel“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober.					
Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels.	Temp. i. F.
26. Nachm. 2	752.8	NO lebhaft	bedeckt	+ 4.5	+ 41
26. Abnds. 10	757.6	NO mäßig	bedeckt	+ 4.0	+ 40
27. Morgs. 6	758.4	NO mäßig	bedeckt	+ 0.8	+ 33
Am 26. Wärme-Maximum	+ 5.5 Cels.				
„ „ Wärme-Minimum	+ 2.1 „				

Wasserstand der Warthe.		
Posen, am 26. Oktober	Morgens	1.08 Meter.
„ „ 26. „	Mittags	1.08 „
„ „ 27. „	Morgens	1.08 „

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 26. Oktober. (Schluß-Course.) Lebhaft. Lond. Wechsel 20.410. Pariser do. 80.65. Wiener do. 172.10. R.-M. St.-M. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsh. 97 1/2. R.-M. Br.-Anth. 130. Reichsbank 100 1/2. Reichsbank 151. Darmst. 168 1/2. Meiningen B. 102. Dett.-ung. H. 705.50. Kreditaktien 312 1/2. Silberrente 66. Papierrente 65 1/2. Goldrente 80 1/2. Ung. Goldrente 77. 1860er Loose 123. 1864er Loose 323.40. Ung. Staatsl. 232.40. do. Oest.-Obl. II. 93 1/2. Böhm. Westbahn 265 1/2. Elisabethb. —. Nordwestbahn 192 1/2. Galizier 270 1/2. Franzosen 291 1/2. Lombarden 127 1/2. Italiener 87 1/2. 1877er Russen 90 1/2. 1880er Russen 74. II. Orientanl. 60. Zentr.-Pacific 111 1/2. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 59 1/2. Wiener Bankverein 113 1/2. ungarische Papierrente —. Buschtiebrader —. Junge Dresdner —. Ungarische Eskompt- und Wechselbank —. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 313 1/2. Franzosen 291, Galizier 270 1/2, Lombarden 126 1/2, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —. **Frankfurt a. M., 26. Oktober.** Effekten-Sozietät. Kreditaktien 315, Franzosen 293, Lombarden 127 1/2, Galizier 272 1/2, 1860er Loose —, österreichische Goldrente 80 1/2, ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Papierrente 65 1/2, III. Orientanl. —, ungar. Papierrente —, 1880er Russen 7 1/2, Darmstädter Bank —, 4 pCt. Ungar. Goldrente —. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit —. **Wien, 26. Oktober.** (Schluß-Course.) Auf Londoner, Pariser und Berliner Berichte durchweg besser, Schluß animirt. Papierrente 76.30. Silberrente 76.00. Oesterr. Goldrente 93.00,

Ungarische Goldrente —. 1854er Loose 121.00. 1860er Loose 132.70. 1864er Loose 172.20. Kreditloose 178.00. Ungar. Prämienl. 122.00. Kreditaktien 363.10. Franzosen 337.75. Lombarden 147.50. Galizier 314.80. Reichsb. Oest. 147.00. Buschtiebr. 163.00. Nordwestbahn 223.50. Elisabethbahn 213.00. Nordbahn 2360.00. Oesterreich-ungar. Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 143.20. Anglo-Austr. 151.75. Wiener Bankverein 138.20. Ungar. Kredit 362.00. Deutsche Plätze 68.00. Londoner Wechsel 118.50. Pariser do. 46.85. Amsterdam do. 97.50. Napoleons 9.38. Dutaten 5.60. Silberc. 100.00. Marknoten 58.05. Russische Banknoten 125 1/2. Lemberg-Gernowit —. Kronpr.-Rubol 167.50. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. 4 pCt. ungar. B. d. Kredit-Handbriefe —. Elbthal 248.00, ungarische Papierrente 88.20, ungar. Goldrente 89.35, Buschtiebrader B. —. Ung. Präm. —. Eskompte —.

Wien, 26. Oktober. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 362.50, österr. Kreditaktien 364.00, Franzosen 338.25, Lombarden 148.00, Galizier 314.25, Anglo-Austr. 152.75, Papierrente 76.32 1/2, do. Goldrente 93.20, Marknoten 58.80, Napoleons 9.38, Bankverein 138.40, Elbthal 251.25, ungar. Papierrente 88.00, 4 pCt. ungar. Goldrente 89.35, ungar. Goldrente 118.50. Fest.

Paris, 26. Oktober. (Schluß-Course.) Fest. 3 pCt. amortis. Rente 85.30, 3 pCt. Rente 84.22 1/2, Anleihe de 1872 116.57 1/2, Italien. 5 pCt. Rente 88.60, Oesterreich. Goldrente 79 1/2, 6 pCt. ungar. Goldrente 103 1/2, 4 pCt. ungar. Goldrente 77 1/2, 5 pCt. Russen de 1877 92 1/2, Franzosen 722.50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 326.25, Lomb. Prioritäten 280.00, Türken de 1865 14.75, Türkenloose 45.70. III. Orientanleihe 61 1/2. Credit mobilier 735.00, Spanier erster. 26 1/2, do. inter. —, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 687.00, Societe gen. —, Credit foncier 1660.00, Lantier 373.00, Banque de Paris 1240.00, Banque d'Escompte 845.00, Banque hypothecaire —. II. Orientanleihe —. Londoner Wechsel 25.26 1/2, 5 pCt. Rumänische Anleihe —.

Paris, 25. Oktober. Boulevard-Verkehr. 3 pCt. Rente —, Anleihe von 1872 116.45, Italiener 88.10, österr. Goldrente —, Türken 14.37 1/2, Türkenloose 45.00, Spanier inter. —, do. extér. 25 1/2, ungar. Goldrente —, Egypter 366.00, 3 pCt. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —. Fest.

Florenz, 26. Oktober. 5 pCt. Italien. Rente 90.57, Gold 20.44. **Petersburg, 26. Oktober.** Wechsel auf London 25 1/2, II. Orientanleihe 90 1/2, III. Orientanleihe 90 1/2.

London, 26. Okt. Fremde Fonds matt. Consols 99 1/2, Ital. 5 pCt. Rente 87, Lombard. 12 1/2, 3 pCt. Lombard. alte —, 3 pCt. do. neue —, 5 pCt. Russen de 1871 86, 5 pCt. Russen de 1872 87 1/2, 5 pCt. Russen de 1873 89 1/2, 5 pCt. Türken de 1865 14 1/2, 3 pCt. fundirt. Amerikaner 104 1/2. Deperr. Silberrente 66, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente —, Oesterr. Goldrente 79 1/2, Spanier 26 1/2, Egypter 73 1/2, 4 pCt. preuß. Consols 99 1/2, 4 pCt. barr. Anleihe —. 4 pCt. ungar. Goldrente 76 1/2, Silber —.

Neuport, 25. Oktober. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94, Wechsel auf London 4.80 1/2, Wechsel auf Paris 5.26 1/2, 3 pCt. fundirt. Anleihe 101 1/2, 4 pCt. fundirt. Anleihe von 1877 116 1/2, Erie-Bahn 43 1/2, Central-Pacific 1 1/2, Neuport Centralbahn 137 1/2, Chicago-Eisenbahn 134 1/2, Cable Transfers 4.85 1/2. Geld steifer.

Produkten-Course. **Köln, 26. Oktober.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 25.50, fremder loco 25.00, per November 24.65, pr. März 23.70, per Mai 23.50. Roggen loco 21.50, per November 19.25, pr. März 18.20, per Mai 17.65. Hafer loco 16.50. Rüböl loco 30.30, pr. Oktober 29.80, per Mai 29.10.

Bremen, 26. Oktober. Petroleum. (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white loco 7.60 Br., — bz., per Nov. 7.60 Br., per Dezember 7.75 Br., per Januar 7.80 Br., per Februar 7.80 Br., per März 7.80 Br.

Hamburg, 25. Okt. Getreidemarkt. Weizen loco unv. auf Term. fest. — Roggen loco unverändert, auf Termine fest. — Weizen per Oktober-November 234.00 Br., 233.00 Gd., per April-Mai 224.00 Br., 222.00 Gd. Roggen per Oktober-November 182.00 Br., 180.00 Gd., per April-Mai 169.00 Br., 168.00 Gd. — Hafer u. Gerste unverändert. — Rüböl matt, loco 55.50, per Oktober 55.50. — Spiritus still, per Oktober 4 1/2 Br., per November-Dezember 4 1/2 Br., per Dezember-Januar 4 1/2 Br., per April-Mai 4 1/2 Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 8.20 Br., 8.10 Gd., per Oktober 8.10 Gd., per November-Dezember 7.90 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Wien, 26. Oktober. (Produktenmarkt.) Weizen loco reservirt, auf Termine ruhig, per Herbst 12.35 Gd., 12.40 Br., per Frühjahr 13.03 Gd., 13.05 Br. — Hafer per Herbst 7.85 Gd., 7.90 Br. — Mais per Mai-Juni 7.30 Gd., 7.35 Br. — Wetter: Prachtwetter.

Paris, 26. Oktober. Rohzucker 88° loco ruhig, 56.25 à 56.50, Meißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Okt. 63.25, per Novbr. 63.50, per Oktober-Januar 63.87.

Paris, 26. Okt. Produktenmarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Okt. 31.60, per November 31.75, per November-Februar 31.90, per Januar-April 32.00. — Roggen fest, per Oktober 23.00, per Januar-April 22.75. — Mehl 9 Marques ruhig, per Oktober 66.50, per November 67.00, per Novbr.-Februar 67.25, per Januar-April 67.50. — Rüböl ruhig, per Okt. 75.50, per Novbr. 75.75, per Dezember 76.00, per Januar-April 76.50. — Spiritus weich, per Oktober 62.00, per November 62.25, per Dezember 62.50, per Januar-April 63.50. Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 26. Oktbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 18,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Ansehend. Rüböl. amerikanische November-Dezember-Lieferung 6 1/2, Febr.-März-Lieferung 6 1/2 d.

Amsterdam, 26. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per Novbr. 327. Roggen loco und auf Termine unverändert, per Oktober 228, per März 206. Naps pr. Frühjahr 362 fl. Rüböl loco 32, pr. Herbst 32, pr. Mai 33 1/2.

Amsterdam, 26. Oktober. Banceinn 59 1/2. **Antwerpen, 26. Oktober.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez. u. Br., pr. November 19 bez., per November-Dezember 19 1/2 Br., pr. Januar 19 1/2 Br. Ruhig. Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 24,000. Gerste 15,000, Hafer 56,000 Dts.

Sämmtliche Getreidearten träge, weichend. **London, 26. Oktober.** An der Riste angeboten 4 Weizenladungen. — Wetter: Bewölkt.

Gull, 55. Oktober. Getreidemarkt. Fremder Weizen stetig. Wetter: Schön.

Glasgow, 26. Oktober. Robeisen. Mixed numbers warrants 50 sh. 8 d.

Rio de Janeiro, 24. Oktober. Wechselkurs auf London 22 1/2, do. auf Paris 426. Tendenz des Kassamarktes: Matt. Preis für good first 4300 à 4550. Durchschnittliche Tageszufuhr 15,000 Sack. Ausfuhr nach Nordamerika 46,000 Sack, do. nach dem Kanal und Nord-Europa 32,000 Sack, do. nach dem Mittelmeere —. Vorrath von Kaffee in Rio 338,000 Sack.

Neuport, 25. Oktober. Waarenbericht. Baumwolle in Neuport 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Neuport 7 1/2 Gd., in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificates — D. 91 C. Mehl 6 D. 00 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 50 1/2 C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 49 1/2 C., do. per November 1 D. 50 1/2 C., do. per Dezember 1 D. 53 1/2 C. Mais (old mixed) 72 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8 1/2. Kaffee (Rio) 10 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 12 1/2, do. Fairbanks 12 1/2, do. Robe u. Brothers 12 1/2. Spec (short clear) 9 1/2 C. Getreidefracht 4 1/2.

